

Volkszeitung

Nr. 87.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstage, Donnerstage und Sonnabende, mit dem Datum des darauffolgenden Tages. Anzeigenpreis: die 7 gesp. Millimeterzeile 10 Gr., im Text 40 Gr. Stellen-Gesuche 50%, -Angebote 25% Rabatt. Ausland 50% Zuschlag.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Zamenhofska 17, III-16
Sprechstunden des Schriftleiters täglich 5-6 Uhr.
Telephon des Schriftleiters: 28-45.

Der Abonnementspreis für den Monat Dezember beträgt Zloty 2,40, wöchentlich 60 Groschen, zahlbar beim Empfang der Sonntagsnummern. — Für das Ausland 25 Prozent Zuschlag. — Für Amerika einen Dollar monatlich.

2. Jahrg.

Deutschland nach den Reichstagswahlen.

Von unserem Berliner Korrespondenten.

Am Vorabend der Reichstagswahlen herrschte in Berlin eine noch nicht gesehene Agitations-tätigkeit. In allen nur möglichen Sälen und zur Agitation passenden Stellen fanden Massen-versammlungen statt. Die Straßen waren von mit Aufrufen und Parteifahnen geschmückten Equipagen und Automobilen überfüllt, welche die Straßen mit Wahlaufrufen überschwemmten. Stellenweise waren sogar die große Trommel und Posaunen, wie auch wandernde Orchester zu Hilfe herangezogen.

Noch niemals ist in Deutschland bei den Wahlen so rücksichtslos mit vergifteten Waffen gekämpft worden wie diesmal. Die Deutsch-nationalen haben ein Kampfblatt mit einem gefälschten „Vorwärts“-Kopf herausgegeben und es in großen Mengen in die Hände der Arbeiter gespielt. Denselben Wahltrick hat auch die kommunistische Partei angewendet, indem sie ein umfangreiches kommunistisches Agitations-blatt mit gefälschtem „Vorwärts“-Kopf erscheinen ließ. Dieser überaus heftigen Agitation ist es auch zuzuschreiben, daß über 80 Prozent der Wähler zur Urne schritten.

Die erhoffte Korrektur der Reichstags-wahlen vom 4. Mai blieb jedoch aus. Die Wahlzerissenheit war diesmal noch größer. Bezeichnend dafür ist ein Wahlergebnis in einem kleinen Dorfe in Thüringen. Die Einwohner dieses Dörfchens, die zusammen 13 Seelen zählen, haben nicht mehr und nicht weniger als für sechs Parteien ihre Stimmen abgegeben. Die Hoffnung hat sich nicht erfüllt, daß die extremen Parteien rechts und links soviel an Stimmen verlieren, und die demokratische Mitte soviel gewinnt, daß das schwerleidende Volk vor unüberlegten Experimenten und vor Lahm-legung seines Parlamentes bewahrt bleibt, damit die Regierung mit sicherer Hand den Kurs halten kann, der zur Befriedung Europas und zur äußeren und inneren Freiheit des deutschen Volkes führt. Die radikalen Flügel haben Einbußen erlitten, doch sind sie nicht so groß, daß man eine andere politisch-parlamente-rische Gestaltung Deutschlands erwarten kann. Sehr gut haben die Sozialdemokraten abge-schnitten, die zusammen mit den Unabhängigen 30 Mandate gewannen. Sie zählen im neuen Reichstag 131 Abgeordnete. Die größte Nieder-lage haben die Deutschvölkischen erlitten, die insgesamt 14 Mandate erhielten. Die Deutsch-nationalen sind aus dem Wahlkampf gestärkt hervorgegangen. Sie erhielten 110 Mandate. Von den anderen Parteien sind noch zu er-wähnen: das Zentrum mit 69 Mandaten, die Kommunisten mit 45, die Demokraten 32, die Deutsche Volkspartei mit 51, sowie die Bayerische Volkspartei mit 19. Der ganze Reichstag zählt 493 Abgeordnete.

Trotzdem die Parteien der Mitte 2 Millio-nen Stimmen gewonnen haben, so bedeutet dies noch lange nicht eine Klärung. Eine zuverlässige Mehrheit ist nicht zu bilden. Mit dem neuen Reichstag ist ebenfalls keine kon-sequente, sachlich nüchterne Realpolitik zu machen. Die Kombination Demokraten, Zentrum und

Die oberschlesische Steuer-Affäre.

Die Regierungskommission vor Abschluß ihrer Arbeiten. — Die unterschlagene Summe um 50% höher als das Anlagekapital der Bank Polski.

Wie bekannt, ist zur Untersuchung der großen Steuerunterschlagungen in Oberschlesien eine besondere Kommission gebildet worden. An der Spitze dieser Kommission steht der ehemalige Minister Oszowski. Die Untersuchungsarbeiten sollen demnächst abgeschlossen werden. Die Regierung beabsichtigt über diese skanda-lösen Vorfälle im Sejm zu berichten. Dieser Schritt, zu dem sie durch verschiedene Interpellationen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen, gezwungen wird, dürfte ihr nicht leicht fallen, da, wie die bisherigen Ergebnisse der Untersuchung erwiesen haben, die Steuer-behörden durch ihre nachlässige Arbeit die Steuerunter-schlagungen überhaupt erst ermöglicht haben.

Die Höhe der Unterschlagungssumme ist sehr schwer festzustellen. Die Fälschungen der Bücher wurden meister-haft durchgeführt. Dies ist auch einer der Gründe, weshalb die Untersuchung solange dauert. Die ur-sprünglich angegebene Unterschlagungssumme in Höhe von 250 Millionen Zloty scheint etwas zu hoch gegriffen zu sein. Immerhin beträgt die bisher festgestellte Summe der unterschlagenen Steuern 180 Millio-nen Zloty.

Von der Höhe dieser Summe kann man sich einen Begriff machen, wenn man bedenkt, daß sie um 50 Pro-zent höher als das Anlagekapital der Bank Polski ist.

Es fragt sich nun, ob die Regierung Mittel und Wege besitzt, um die Fälscher zur Zahlung der unter-schlagenen Steuern zu zwingen. Bisher war es leider bei uns üblich, daß man die Kleinen, die sich nicht wehren konnten, hängte und die Großen laufen ließ.

Volkspartei ist allein unmöglich, denn sie er-fordert die Unterstützung der Sozialdemokraten oder der Deutschnationalen. Dies ist aber auch der wunde Punkt, an dem der alte Reichstag zugrunde gehen mußte. Die Mitte hat sich für die Sozialdemokraten oder aber für die Deutsch-nationalen zu entscheiden. Es ist bekannt, daß die Deutsche Volkspartei krampfhaft Versuche machte, mit den Deutschnationalen unter Aus-schiffung der Sozialdemokraten einen Bürger-bund zu bilden. Dieser Anschlag auf das werktätige deutsche Volk ist jedoch mißlungen, weil sich die Demokraten im letzten Augenblick auf ihre Tradition und ihr Programm be-sannen. Nun wird das Liebäugeln um die Deutschnationalen von neuem losgehen. Die Demokraten haben auch jetzt das entscheidende Wort.

Die demokratische Mitte muß es erkennen, daß nicht mit Phrasen und Säbelrasseln, sondern nur mit realpolitischer, zäher und ge-duldiger Arbeit die Fesseln des Versailler Diktats allmählich gelöst werden können. Das deutsche Volk hat dies, als es zu den Wahlen schritt, nicht erkannt. Leider. Es heißt jetzt zu be-greifen, daß eine „Volksgemeinschaft“, nach der von allen Seiten gerufen wird, sich nicht um putschlüsterne Monarchisten oder um Gegner des Staatsgrundgesetzes herum kristal-lisieren kann, sondern nur um die deutsche Reichsverfassung, um den Kräften des demo-kratistischen Gedankens. Das deutsche Volk wird dann kraft seiner Tüchtigkeit den gebührenden Platz der Völker wieder erlangen.

Man geht nicht fehl in der Annahme, wenn man be-hauptet, daß einflußreiche Kräfte am Werke sind, um die Regierung daran zu hindern, die Fälscher zu be-strafen. Schon heute wird mit einer gewissen Durch-sichtigkeit von verschiedenen „unbeteiligten“ Kreisen die Ansicht vertreten, die Regierung möge im Interesse des Staates und der guten Entwicklung der Wirtschaft von einer Bestrafung der Betrüger absehen, falls diese sich freiwillig bereit erklären sollten, die unterschlagenen Summen nachzuzahlen. Es werden sich gewiß einige Firmen finden, die neue Deklarationen ausfüllen und auch die ihnen nachgewiesenen unterschlagenen Steuer-beträge an die Staatskassen abführen werden. Die Mehrzahl der Firmen wird jedoch versuchen, hinten herum diese Angelegenheit auf gütlichem Wege zu regeln.

Der am meisten von den Steuerbehörden gepiesackte Mittelstand sowie das werktätige Volk haben das Recht zu fordern, daß Grabsti diese Betrüger etwas unbe-handelschakter an den Kopf faßt. Es ist ein Skandal sondergleichen, daß diese Betrügereien und Fälschungen überhaupt möglich waren. Der Skandal würde jedoch zum Himmel schreien, wenn diese Diebe von Staats-geldern unbestraft blieben und sich unter der stillen Duldung der Regierung regelrecht drücken könnten.

Noch wollen wir nicht glauben, daß bei uns in Polen auch auf steuerpolitischem Gebiete die Unge-rechtigkeit Trumpf ist. Es liegt an der Regierung, uns diesen Glauben zu belassen.

Es wird dem Reichskanzler Dr. Marx sehr schwer fallen, einen Ausweg aus dem politischen Wirrwarr zu finden, aus dem die Wahlen das deutsche Volk führen sollten. Dr. Marx wird über die verschiedensten Kombinationen nachdenken müssen. Dr. Marx und mit ihm des Zentrum steht vor der schwersten Verant-wortung. Das Zentrum muß jetzt wirklich wählen zwischen rechts und links. Die Demo-kratistische Partei hat gewählt. Für sie gibt es keinen anderen Weg als den gegen die innere und äußere Reaktion, zu der die Deutschnatio-nalen Deutschland drängen wollen, als das Beharren auf der klaren Linie der Verständi-gungspolitik, des Schutzes und Ausbaus von Republik und Demokratie. Hoffen wir, daß diese gegebene Klarheit der Demokratischen Partei auch das Zentrum zur guten Entschei-dung führe.

Die Sozialdemokratie ist bisher drei-mal in die Regierung gegangen: das erstemal, nachdem die Oberste Heeresleitung gestanden hatte, daß der Krieg verloren war, das zweitemal nach dem Londoner Ultimatum, das drittemal nach dem Zusammenbruch des Ruhrwiderstandes infolge der wahnsinnigen Währungspolitik Cuno-Helfferichs. Sie hat es getan, nachdem ihr von bürgerlichen Parteien vorgestellt worden war, daß ohne ihre Mitarbeit der Untergang Deutschlands unvermeidlich sei.

Nach den Wahlen hat sie, obwohl sie auch aus ihnen stärker hervorging als die Deutschnatio-nale Partei, ihre Aufnahme in die Regierung keineswegs gefordert. Sie hat niemals mit „Oppo-

sition mit allen Mitteln" gedroht, falls man ihr keine Ministeritze gewähre, sondern sie hat das Verhalten zu Regierungen, in denen sie nicht vertreten war, von dem sachlichen Verhalten dieser Regierungen abhängig gemacht.

Die Sozialdemokratie, die weder im Reich noch in Preußen für sich allein die Mehrheit gewonnen hat, kann nicht verlangen, daß allein nach ihrem Willen entschieden wird. Sie wird aber auf bestimmte Forderungen nicht verzichten können, die den Schutz des Friedens der Republik, die Wirtschaft, Sozial- und Finanzpolitik betreffen. Die Erfüllung dieser Forderungen wird sie auf dem Weg der Verhandlungen oder auf dem des Kampfes suchen müssen.

Was die Bedeutung der Wahlen nach außen hin betrifft, so springt der Sieg der „Erfüllungspolitik“ in die Augen. Die beiden einzigen Parteien, die geschlossen gegen die Dawes-Gesetze stimmten, sind schwer geschlagen. Herr Poincare wird also mit dem Wahlausfall keine Geschäfte machen können.

Hans Mühlendorff.

Die Regierung Marx zurückgetreten.

Gestern abend fand eine Sitzung des Ministerrats statt, in der die Lage nach den Wahlen besprochen wurde. Nach längeren Verhandlungen beschloß die Regierung den Rücktritt.

Der Parteitag der D. S. P. zum Siege der Deutschen Sozialdemokratie.

Der Parteitag der Deutschen Sozialdemokratie Polens, der in Bielitz tagte, sandte an den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nachstehendes Glückwunschtelegramm:

„Der Parteitag der Deutschen Sozialdemokratischen Partei Polens, der zurzeit in Bielitz tagt, entsendet den deutschen Brüdern zu ihren ersten Wahlerfolgen die herzlichsten Glückwünsche.
Partei Vorstand
der Deutschen Sozialdemokratischen Partei Polens.“

Wie die „N. L. Jtg.“ ihre Leser informiert.

Die „Neue Lodzzer Zeitung“ brachte das Wahlergebnis aus Deutschland unter der bombastischen Überschrift: „Bürgerlicher Wahlsieg in Deutschland“.

Der Zweck ist, sich selbst und den Lesern einzureden, daß der „Rück nach rechts“, den dieses Blatt so gern sehen möchte, in Deutschland vor sich geht.

Die „Rzerzopolita“ in Warschau, die man doch keinesfalls der Sympathien für die Linksorientierung oder für die Sozialisten beschuldigen kann, schreibt aber mit einem gewissen Journalistenstolz: „Unsere Voraussetzungen sind eingetroffen. Der Rück nach links ist erfolgt.“

Der bürgerliche Renegat hat sich also wieder einmal päpstlicher als der Papst gezeigt.

Die Völkerbundstagung in Rom.

Die feierliche Eröffnungssitzung fand in einem ganz in Purpur und Gold strahlenden Saale des Palazzo Doria statt. Man ist hier der Meinung, daß die Anwesenheit des englischen Außenministers Austen Chamberlain nicht ausschließlich der Völkerbundratsstagung, sondern auch Verhandlungen über Mittelmeerfragen mit der italienischen Regierung gelte. In seiner Ansprache sagte Austen Chamberlain, die politische Lage in London erlaube es ihm, sich von England zeitweise zu entfernen, um der Veranstaltung beizuwohnen und so zu dokumentieren, daß nicht nur die englische Regierung, sondern das britische Weltreich von der Bedeutung der Tagung überzeugt sei und gewillt, den Völkerbund mit allen Kräften zu fördern. Der französische Vertreter betonte, daß Frankreich sich auf den Boden des Völkerbundes stelle und nicht begreifen könne, wie man es im Völkerbund mit Ironie behandeln könne, da es ja die Wiederkehr der schrecklichen Kriegserfahrungen verhindern wolle. Weiter betonte Briand, daß freilich die Frage der Abrüstung mit der der Sicherheit eng verbunden wäre.

Zur Verhandlung stehen: die deutschen Schul- und Unterrichtsfragen im Saargebiet und in Danzig, sowie die Frage, ob Danzig ein Staat im völkerrechtlichen Sinne des Wortes ist oder nicht, schließlich die Zölle und die Fragen der Danziger Eisenbahndirektion, in der Polen sich der Entscheidung des Oberkommissars nicht fügen will.

Die englisch-französische Politik und Sowjetrußland.

Die Londoner Presse beschäftigt sich eingehend mit den Versuchen der englischen Regierung eine gemeinsame Plattform mit Frankreich für das Vorgehen gegen Sowjetrußland zu finden. Unter den zahlreichen Kombinationen befindet sich die Behauptung des „Daily Herald“, daß Chamberlain in Paris

und jetzt in Rom eine englisch-französisch-italienische Front zur Verteidigung der Grenzen des Friedensvertrags anstrebe. Dies ist bei der bekannten Abneigung Englands beispielsweise gegen die heutige deutsche Ostgrenze eine vollkommen falsche Darstellung. Auch die Behauptung, daß die englische Regierung Frankreich zu einem antikommunistischen Pakt zu bewegen versuche, dürfte falsch sein. Dagegen scheint der Bericht des „Daily Telegraph“ zutreffend, wonach England und Frankreich darin übereinstimmen, daß der kommunistischen Propaganda besonders im Orient ein Ende bereitet werden müsse und daß die Alliierten versuchen sollten, ein gleiches Maß der Übereinstimmung in der Politik, wie es in den europäischen Fragen erzielt sei, auch im Orient zustandezubringen.

Die Thronrede des englischen Königs.

Der englische König hat eine Thronrede gehalten, in der er auf die politische Lage des britischen Weltreiches einging. In der Debatte ergriff als erster Redner Macdonald das Wort, der die Thronrede einer scharfen Kritik unterzog. Auch mit den Konservativen rechnete er ab. Er sagte, daß die Konservativen bei 7 Millionen Stimmen 400 Mandate erhielten und die Arbeitspartei bei 5 Millionen Stimmen nur 150 Mandate. Daraus folge, daß jeder Abgeordnete der Arbeitspartei soviel wert ist wie zwei Abgeordnete der Konservativen. Lloyd George polemisierte mit Macdonald. Für die Beilegung des englisch-ägyptischen Konflikts schlug Lloyd George den Völkerbund vor. Premierminister Baldwin ging auf die Ausführung Macdonalds ein und versprach, sich zu bemühen, die Arbeitslosenfrage wie am schnellsten zu regeln.

Frankreich und die Bluffsteuer.

In Newyork werden Verhandlungen geführt, in welcher Weise Frankreich die amerikanischen Schulden zurückzahlen hat. Frankreich macht Versuche, günstigere Bedingungen als England und Polen zu erhalten. Der französische Botschafter Jusseraud erklärte amerikanischen Vertretern gegenüber, daß Frankreich seine Schuld an Amerika bezahlen wird, daß man jedoch erwartet, Amerika werde die Falsche in Erwägung ziehen, daß Amerika zwar fünf Sechstel aller Ausgaben getragen hat, Frankreich hingegen von allen Alliierten die größte Bluffsteuer gezahlt hat.

Die Kabinettskrisis in Lettland.

Zu dem bereits gemeldeten Rücktritt des Kabinetts Samuel sei bemerkt, daß die Kabinettskrisis in keinem Zusammenhang mit dem Kommunistenputsch in Estland steht. Das lettische Kabinetts war eine Minderheitenregierung, die von den 31 Sozialisten unterstützt wurde. Die Regierung mußte nun gehen, weil die Sozialisten ihr die weitere Unterstützung versagten.

Zodesurteile gegen Fliegeroffiziere.

Die Standgerichte in Estland tobten sich nach dem Kommunistenputsch aus. Die Bluffjustiz fordert ihre Opfer. Zahlreiche Offiziere der Luftflotte, die angeklagt waren, während des Putsches sich untätig verhalten zu haben, wurden zum Tode verurteilt. Das Urteil ist an zwei Offizieren bereits vollstreckt worden.

Blutgericht in Aegypten.

Wie sich jetzt herausstellt, hat die englische Regierung mit einem großen Aufwand von Energie den Aufstand in Aegypten niedergedämpft. Vier Offiziere, die sich weigerten, den Sudan zu verlassen, wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Sejm.

(Von unserem K-Parlamentsberichterstatter).

Miklaszewski geht endlich.

In der Mittwochssitzung hatte der Unterrichtsminister Miklaszewski einen sehr schweren Stand. Sogar die Abgeordneten aus Kleinpolen sprachen sich gegen ihn aus. Der Grund zu dieser Stellungnahme ist in den verrückten Anordnungen des Herrn Miklaszewski zu suchen, die dieser für das Unterrichtswesen in Krakau und anderen Städten erlassen hat. Der Antrag auf Streichung von 100 Zloty vom Budget des Unterrichtsministers ist mit 175 gegen 174 Stimmen angenommen worden. Diese eine Stimme hat Miklaszewskis Rücktritt besiegelt. Da ihm schon früher mehrfach in unzweideutiger Weise zu verstehen gegeben wurde, daß seine Politik für das Unterrichtswesen verderblich ist, so ist zu erwarten, daß er nach der gestrigen Abstimmung zurücktreten wird, ohne bis zum Januar zu amtieren, von welchem Termin an ihm die Emerituz zusteht.

Was die Unterstützung der Angestellten anbelangt, so wurde ein Antrag angenommen, der eine Erhöhung des Unterstützungsfonds von 200 000 Zloty auf eine Million vorsieht. Für den Ankauf des Platzes für das

Bezirksgerichtsgebäude in Lodz ist für das erste Vierteljahr eine Summe von 125 000 Zloty bestimmt worden. Das Mißtrauensvotum für Miklaszewski wird im Sejm keinesfalls als eine Kriegserklärung an die Regierung angesehen. Miklaszewski war ein zu schwerer Ballast für die Regierung Grabski. Seine Ausschiffung dürfte daher Grabski aufatmen lassen.

Als Nachfolger des Herrn Miklaszewski wird Prof. Bonikowski genannt, der uns aus seiner wenig rühmlichen Tätigkeit als Ministerpräsident bereits zur Genüge bekannt ist.

Kleine politische Nachrichten.

Die Auslieferung Auharkis an das Staatstribunal wird am Freitag vor dem Sejmforum entschieden.

Wahltag in der Schweiz. Die Gemeindevahlen am Sonntag im Kanton Bern ergaben überall eine starke Zunahme der sozialistischen Vertretung in den Gemeinderäten.

Polales.

Die Abgeordneten der D. A. P. interpellieren in Sachen der Verhaftung der Unabhängigen.

In der gestrigen Sejmssitzung haben die Abgeordneten der D. A. P. mit Abg. E. Zerba an der Spitze eine Interpellation in Sachen der Hausdurchsuchungen und Verhaftungen der Mitglieder der Unabhängigen Sozialistischen Partei Polens eingereicht.

In der Interpellation heißt es:

„Am 30. November d. J. verhaftete die Polizei einige Unabhängige Sozialisten wegen eines Aufrufs in der Streikfrage. Als erste wurden verhaftet Dr. Mierzynski und Dr. Kruf. Der Grund zu diesem Vorgehen der Polizei ist unverständlich. In Anbetracht dessen fragen die Interpellanten beim Innenminister an:

Was gedenkt der Herr Minister zu tun, um die ungesetzmäßig Verhafteten auf freien Fuß zu lassen, und ob er die der Vergewaltigung der Konstitution und der Rechtsvorschriften Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen gedenkt.“

Gestern wurde Dr. Mierzynski gegen eine Kaution von 300 Zloty, Dr. Kruf gegen eine solche von 500 Zloty, Katz und Goltz ohne Kaution freigelassen. Dr. Kruf begab sich nach Warschau, um mit Vizepremier Thugutt zu konferieren. Nach der Konferenz mit den Regierungs- und Sejmvertretern begibt sich Dr. Kruf nach Brüssel, um an der Sitzung der Amsterdamer Internationale teilzunehmen.

Das Schiedsgericht im Textilarbeiterstreik.

Gestern ist die Schiedskommission im Arbeitsinspektorat zur ersten Sitzung zusammengetreten. Die Arbeiter sind vertreten durch die Abgeordneten Szejerkowski, Garasz sowie den Gewerkschaftssekretär Kazimierzal, die Industrie durch die Herren Kumpel, Gutke, Pawlowski.

Die Arbeitervertreter erklärten, daß das Schiedsgericht festzustellen habe, bis zu welchem Termin die Lohnzulage zu verpflichten habe, und schlugen den 30. Juni vor. Weiter muß ein Hauptabkommen abgeschlossen und festgestellt werden, zu welchem Grundlohn die Zulage hinzuzurechnen sei. Die Vertreter der Industrie erwiderten, daß der größte Teil dieser Fragen von der Kommission erledigt werden kann, während über den Rest der Unparteiische entscheiden kann. Zum Vorsitzenden schlugen die Arbeiter der Reihe nach Abg. Waszkiewicz, Bizemarschall Moraczewski, Professor Rybarski, die Industriellen Piotr Drzewiecki, Professor Okolski.

Da beide Teile nicht zur Einigung kommen konnten, wurde der gemeinsame Antrag angenommen, die Regierung aufzufordern, den Vorsitzenden zu ernennen. Dies wurde telephonisch nach Warschau gemeldet. Die Regierung hat nun das Wort. Das Schiedsgericht wird in Lodz tagen.

Am Dienstag hat der größte Teil der Fabriken den Betrieb aufgenommen. Einige Fabrikanten weigerten sich das Schiedsgericht anzuerkennen. Sie haben die Betriebe nicht aufgenommen und warten den Spruch der Schiedskommission ab.

In der Provinz wurde die Arbeit ebenfalls aufgenommen. Die Zäizer Industriellen sperren sich ebenfalls gegen das Schiedsgericht.

In der Trikotagenindustrie dauert der Streik an. Die Industriellen boten für die qualifizierten Arbeiter 5 Prozent Lohnzulage, für die übrigen die der Schieds-

Kommission. Die Verbände bestehen auf der 23-prozentigen Lohnherhöhung.

Die Straßenbahner haben von der Direktion noch keine Antwort erhalten. Direktor Ring erklärte, daß der Aufsichtsrat erst Freitag abend zusammentreten wird.

Die Angestellten der Zufuhrbahnen wandten sich an den Inspektor Wojtkiewicz mit der Bitte um Intervention. Herr Wojtkiewicz riet den Streikenden, vorläufig die Arbeit aufzunehmen und die Verhandlungen weiterzuführen.

Am Mittwoch ist der Verkehr auf der Pabianicer Zufuhrbahn aufgenommen worden.

Von der Krankenkasse.

Die Dienstagssitzung der Verwaltung der Krankenkasse leitete Stv. Kaluzynski. Der Vorsitzende teilte mit, daß der Arztverband zwei Schreiben an die Verwaltung gerichtet hat, in denen er gegen die Verlängerung des Kontraktes mit dem Chirurgen Dr. Kaluzynski protestiert.

Der Direktor teilte mit, daß die Pharmazeuten sich an ihn mit der Bitte gewandt haben, die Verhandlungen über die Lohnzulagen noch in dieser Woche aufzunehmen. In Verbindung damit wurde beschlossen, den Angestellten und den Ärzten der Kasse zu verhandeln, wobei die von den Textilarbeitern zu erhaltende Lohnzulage als Grundlage für das Angebot der Kasse diesen Angestellten gegenüber dienen soll.

Stv. Ballowski berichtete darauf über den Kongreß des Verbandes der Krankenkassen der Wojewodschaft Lodz. Auf demselben wurden in die Verwaltung acht Sozialisten und ein Vertreter der Industriellen gewählt.

Stv. Ballowski berichtete darauf über den Kongreß des Verbandes der Krankenkassen der Wojewodschaft Lodz. Auf demselben wurden in die Verwaltung acht Sozialisten und ein Vertreter der Industriellen gewählt, während die N. P. K. mandatlos ausging. Aus diesem Grunde stellte die N. P. K. den Antrag, dem Verbands seitens der Lodzger Kasse keinerlei Zahlungen zu leisten.

Direktor Szulter referierte über das Budget für Dezember. Die Einnahmen werden auf 838 000 Zloty, die Ausgaben auf 850 000 vorgeesehen. Der Ueberschuß für November beträgt 109 000 Zloty.

Arbeitslosenunterstützungen. Am Donnerstag werden Unterstützungen an die Besitzer der Legitimationskarten ausbezahlt: in acht Büros von 2751—3000, im 4. von 3001—4500, im 10. von 5751—6000, am Freitag im Büro 1, 3, 6, 7, 9 von 3001—4000, im 4. von 4501—5000, im 10. von 6001—7000, am Sonnabend im Büro 1, 3, 9 von 4001—5000, im 2. Büro an die im 1. Büro Registrierten von 5001—6000, im Büro 4 von 6001—7000 und im 5. Büro an die im 4. Büro Registrierten von 7001 bis Ende.

In der Sejmkommission für Fragen des Arbeitsschutzes wurde beschlossen, in Ausnahmefällen die Zahlung der Unterstützungen auf 39 Wochen auszudehnen.

Der Lehrertreik der Abendschulen hält an. Es streiken 400 Lehrer, die an 69 Schulen beschäftigt sind, Herr Stadtpräsident Cynarski erklärte, daß die Stadt keinesfalls eine Lohnzulage gewähren wird.

Der Antrag des Stadtverordneten Klim (D. U. P.), der in der letzten Stadtratssitzung eingebracht wurde, die Regelung der Angelegenheit forderte und dessen Dringlichkeit angenommen wurde, ist von dem Magistrat zurückgehalten worden, so daß er in der gestrigen Kommissions-sitzung nicht zur Sprache kam.

Briefmarken „Na skarb“. Die Oberpost- und Telegraphendirektion gibt am 1. Januar 1925 besondere Briefmarken „Na Skarb“ heraus. Die Marken werden

zu 100 000 Stück in 11 Werten (von 1 Groschen bis 50 Groschen) mit wagerechtem Aufdruck in welcher Farbe „na Skarb — 50 gr.“ in Umlauf gesetzt. Die Einnahme aus dem Verkauf der Wertzeichen ist für die Aufbesserung des Staatskassens bestimmt. Die Holzmarken (mit dem Bildnis des Staatspräsidenten) werden ohne den Aufdruck herausgegeben.

Wer lieben will, muß leiden. Am Sonnabend begegnete der 44jährige Franciszek Koltuniat, ein Warschauer, in der Petrikauerstraße einer schönen Tochter Korinth, die ihn nach der Borszaszstr. 14 führte, wo die schöne „Stefcia“ ein Festgelage bereitet, um den Gast würdig zu empfangen. R. beschloß infolgedessen, einige Tage bei der Stefcia zu bleiben. Man begab sich zu dem „Walter“ des Mädchens, einem Adolf Benke. Dort gefiel R. der Geliebten des Benke, einer Edert, die ihm eine unzweideutige Proposition machte. R. blieb der Stefcia jedoch treu und lehnte ab. In einem Wutanfall ergriff die Edert ein Küchenmesser und tötete Koltuniat durch zwei Messerstiche auf der Stelle. Die herbeigeholte Polizei verhaftete die Mörderin, den Benke sowie die übrige illustre Gesellschaft.

Erhängt hat sich der Arbeitslose Josef Andrzejak, Orla 14. Der Grund zur Verzweiflungstat waren die Lebensmittelorgen.

Wegen Rupperei wurde die Wanda Hawliczka vom Bezirksgericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Schbell-Vorträge. Wie nicht anders zu erwarten war, haben die bereits angekündigten Vorlesungen des bekannten Literaturforschers Prof. Dr. Władysław Kłobucki in den gebildeten Kreisen unserer Gesellschaft großes Interesse hervorgerufen. Heute sind wir schon in der Saal unserer Lesern mitzuteilen, daß die Vorlesungen am 15. und 17. Dezember, 8 Uhr abends, in der Aula des Deutschen Gymnasiums stattfinden werden. Am allen Literaturfreunden die Möglichkeit zu geben die Vorlesungen zu besuchen, wurden die Eintrittspreise verhältnismäßig niedrig festgesetzt. Karten zum Preise von 3, 4 und 3 Zloty für beide Vorlesungen und zu 3 und 2 Zloty für die Einzelvorlesung sind im Vorverkauf in der Drogerie des Herrn Arno Dietel, Petrikauer Str. 157, zu haben. Schüler zahlen für beide Vorlesungen nur 1 Zloty.

Vom Deutschen Theater.

Aus der Theaterkanzlei wird uns geschrieben: Heute, Donnerstag, den 11. Dezember, findet die mit großer Spannung erwartete Erstaufführung des englisch-chinesischen Sensationsstückes „Mr. Wu“ von Vernon und Owen mit Kurt Katsch vom Staatstheater in Berlin als Gast in der Rolle des Mr. Wu statt. Die Direktion macht schon jetzt darauf aufmerksam, daß sie zu Weihnachten eine Kinderdarstellung zu veranstalten beabsichtigt. In Aussicht wurde das beliebte Märchen „Das Dornröschen“ genommen.

Journalistische Ethik

oder „Unsere Toten“ als Reklame für den eigenen Käseladen.

Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß uns die „Neue Lodzger Zeitung“, die zuletzt nur noch durch Alexander Miller verkörpert wurde, höchst zuwider ist. In der „Lodzger Volkszeitung“ wurde verschiedentlich auf das geradezu herausfordernde Verhalten der Männer der „Neuen Lodzger Zeitung“ in Fragen des sozialen Lebens hingewiesen, sowie der Standpunkt bekämpft, den dieses Konjunkturblatt in Fragen des deutschen Volkstums eingenommen hat.

Eingedenk dessen, daß man von Toten nur Gutes reden soll, haben wir uns in dem Nachruf über Alexander Miller damit begnügt, festzustellen, daß seine Politik für die deutsche Minderheit oft verderblich gewesen war. Wir haben es jedoch unter unserer Würde gehalten, unserem politischen Gegner, den wir zu Lebzeiten heftig bekämpft haben, noch nachträglich Steine nachzuwerfen.

Anders die Lodzger „Freie Presse“. Dieses Blatt, das bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit auf seine Anständigkeit pocht und bis zum Erbreechen immer wieder jammert, aus dem politischen Kampf doch die Gemeinheit und persönliche Verunglimpfung auszuschalten, hat sich ein Stück geleistet, das mit journalistischer Ethik nicht das geringste gemein hat.

In der letzten Sonntagsbeilage hat die „Freie Presse“ unter dem Titel „Unsere Toten“ das Bild von Alexander Miller gebracht und darunter polnische Pressestimmen. Es heißt dort:

Am 22. November starb in Lodz der Chefredakteur und Verleger der hiesigen „Neuen Lodzger Zeitung“, Herr Alexander Miller. Wir haben das Wirken des Verstorbenen bereits in der Tageszeitung gewürdigt. Hier seien noch einige Nachrufe polnischer Blätter wiedergegeben. So schrieb der Warschauer „Dzien Polski“, daß der Verstorbene, der mit einer Katholikin verheiratet gewesen sei, ein polnisches Haus geführt habe. Die Warschauer „Gazeta Poranna“ schrieb u. a.: „Der Verstorbene war Redakteur der „Neuen Lodzger Zeitung“, des Blattes, das den deutschen Nationalismus bekämpft. Der verstorbene Redakteur war ein großer Freund der Polen. Obwohl deutsch gedruckt, war die „Neue Lodzger Zeitung“ eigentlich ein im rein polnischen Geiste gehaltenes Blatt. Die „Neue Lodzger Zeitung“ wurde unter Mitwirkung des Hetmans der polnischen Literatur Henryk Sienkiewicz gegründet, sie hatte nämlich den Zweck, im polnischen Geiste auf die breiten Massen der deutschen Bevölkerung von Lodz einzuwirken. Und man darf sagen, daß sie diese Aufgabe voll und ganz erfüllt hat.“

Die „Freie Presse“ wird es ihren Lesern doch nicht glauben machen wollen, daß sie die „ehrenden“ polnischen Pressestimmen aus purer Anständigkeit gebracht hat? Sie hängt diesem Manne, in dem sie mehr den Konkurrenten als den politischen Gegner geahnt hat, diese Auszüge aus Nachrufen polnischer Blätter an, um wie ein Scharlatan ausrufen zu können: „Seht, welch ein Sünden!“

Der Zweck der Uebung ist, zu durchsichtig. Die „Kowiny finansowe“ brachten auch einen Nachruf, in dem sie sogar darauf hinwiesen, daß Miller bereits bei Beginn des Weltkrieges den Untergang des Deutschen Reiches und das allmähliche Aufgehen der Deutschen unter den anderen Völkern prophezeite. Das Blatt besann sich jedoch und brachte tags darauf einen Rückzieher. Die „Freie Presse“ gräbt jedoch noch nach vier Wochen den Toten aus, um für ihren eigenen Käseladen Reklame zu machen. Und das heißt Journalisten-Ethik!

Aus dem Reiche.

Lemberg. Hanns Heinz Ewers beschimpft. Hier sollten zwei Vorträge von H. H. Ewers stattfinden. Die chauvinistische Presse forderte jedoch die polnische Bevölkerung auf, die Vorträge nicht zuzulassen, da Ewers ein Deutscher ist und deutsch sprechen wird. „Slowo Polskie“ speit Gift und Geifer gegen Ewers, den sie als Juden, Freimaurer, Sittenverderber usw. beschimpft. Die polnische Studentenschaft hielt eine Protestversammlung ab. Natürlich begab sie sich von dort nach dem Vorlesungssaal, wo sie unter der wundervollen Hymne „nie będzie Niemiec plus nam w twarz“ das zahlreich erschienene Publikum auseinandertrieb.

Ewers hat in Polen Pech. Vor zwei Jahren wollte er eine Autoreise durch Polen machen. Er wurde jedoch von den Behörden daran gehindert, weil man befürchtete, daß er von seinen Reisebeschreibungen über Polen Nachteiliges sagen könnte. Nachdem er nun unsre Chauvinistenstrolche in Lemberg kennen gelernt hat, wird er nicht umhin können, in der ganzen Kulturwelt Polen als das Land der Anständigkeit und Duldsamkeit zu preisen.

So arbeiten die „Vaterlandsretter“ für den polnischen Staat!

Stolyszyn (Galizien). Kindermord und Selbstmord. Der Eisenbahner Siwinski tötete am Montag seine zwei Kinder im Alter von 6 und 4 Jahren, indem er ihnen mit einem Rasiermesser die Kehle durchschnitt. Darauf lief er auf das Bahngelände, warf sich unter einen heransausenden Zug und war auf der Stelle tot. Ein drittes achtjähriges Kind, das bei Verwandten untergebracht war, wollte S. am Sonntag zurückholen, doch haben die Verwandten die Herausgabe des Kindes verweigert. Wahrscheinlich hatte der Vater auch diesem Kinde den Tod zugebracht. S. war Witwer.

Von der Deutschen Arbeitspartei.

Achtung, Ortsvorstand Lodz. Am Sonnabend, den 13. Dezember, um 5 1/2 Uhr nachmittags, findet im Parteilokal, Zamenhofstraße 17, eine ordentliche Vorstandssitzung statt. Die Anwesenheit aller Vorstandsmitglieder ist dringend erforderlich.

Ortsgruppe Zdunsko-Wola. Auskünfte in Partei- sowie sonstigen Angelegenheiten erteilen: Berthold Kluffig, Zlotastr. 43 und Eduard Oppelt, Osmolin 1.

Theaterverein „Thalia“, Lodz Deutsches Theater

im Gebäude der „Scala“, Cegielniana 18 Dir.: Dr. Robert Lohan.

Donnerstag, den 11. Dezember 1924: Beginn 8 Uhr 15 Min. präzise.

Gastspiel Kurt Katsch vom Staatstheater in Berlin Premierenabonnement Nr. 11. Zum ersten Male!

„Mr. Wu“

Englisch-chinesisches Spiel in 3 Aufzügen v. Vernon u. Harold Owen, deutsch v. T. B. Katsch.

Mr. Wu — Kurt Katsch als Gast.

Sonntag, den 14. Dezember 1924:

Nachmittags um 4 Uhr:

Gastspiel Kurt Katsch vom Staatstheater in Berlin Zu vollständigen Preisen: Zum vierten Male!

Der Kaufmann von Benedig.

Lustspiel in 5 Akten von William Shakespeare. Szylo — Kurt Katsch als Gast.

Sonntag, den 14. Dezember 1924:

Beginn 8 Uhr 15 Min. präzise.

Gastspiel Kurt Katsch vom Staatstheater in Berlin Zum zweiten Male!

„Mr. Wu“

Englisch-chinesisches Spiel in 3 Aufzügen v. Vernon u. Harold Owen, deutsch v. T. B. Katsch.

Mr. Wu — Kurt Katsch als Gast.

Kartenvorverkauf von 11—1 und 4—7 Uhr nachm. an der Tageskasse der Scala und bei Firma Arno Dietel, Petrikauer 157.

Advertisement for Nähmaschinen (Sewing Machines) by Karl Küster & Söhne, Sienkiewicza 23 (Ecke Moniuszki). It features an illustration of a sewing machine and lists 'günstige Bedingungen' and 'Technisches Büro'.

Werbe neue Leser für dein Blatt!

Verwerfliche Praktiken der Chauvinisten im Lodzzer Stadtrat.

Wieder einmal wollen wir an dieser Stelle die Arbeitsmethoden unserer Stadtratsmehrheit besprechen. Die heutigen Magistratsparteien, die sich als die alleinigen Heilbringer für die Stadt betrachten, haben eben über Kommunalwirtschaft und Allgemeinwohl ihre eigentümliche charakteristische Auffassung. Der allgemein politische Weitblick ist derart eingetauscht, daß er nicht imstande ist, aus den Grenzen der Parteipolitik herauszukommen und einen weiteren Horizont zu erfassen. Wer einem anderen politischen Glaubensbekenntnis als demjenigen der Chjena oder N. P. R. huldigt, wird als Aufwiegler und Staatsverräter gestempelt, seine Arbeit als staatsgefährdend betrachtet. Kritik an der „unfehlbaren“ Tätigkeit dieser echten Patrioten wird nicht toleriert; der Kritiker wird rücksichtslos niedergeschrien. Ist es denn auch denkbar, daß ein Sozialist — dieser Juden- und Deutschenfeind, wie er so gern von der Mehrheit im Lodzzer Stadtparlament genannt wird — die „aufbauende Tätigkeit dieser staatsverhaltenden Elemente“ kritisiert oder durch Anträge und Interpellationen ihre Fehler korrigieren will? Das ist keinesfalls angebracht, denn man würde sich sonst zu leicht kompromittieren.

Die Opposition ist aber zu aufdringlich und läßt sich durch nichts einschüchtern. Fast zu jeder Sitzung werden von ihr zwei oder mehrere Dringlichkeitsanträge eingebracht, die die sofortige Regelung dieser oder jener brennenden Frage fordert. So manche bittere Pille wird der Mehrheit damit zu schlucken gegeben, so manche Wahrheit muß sie sich anhören.

Wie könnte man sich dieser lästigen Anträge entledigen?

Die bisher angewandten Methoden des Niederschreiens der Redner der Linken, ja selbst das Faustrecht haben zu dem erwünschtesten Ergebnis nicht geführt. Die Opposition läßt sich nicht totkriegen. Sie ist unermüdlich im Antragsstellen und Einbringen von Verbesserungen zu diesem oder jenem Projekt.

Endlich scheint die Mehrheit ein radikales Mittel gegen die „Quertreibereien“ der Linken gefunden zu haben. Um die eingebrachten Dringlichkeitsanträge nicht zur Verhandlung kommen zu lassen, hat die Mehrheit zu dem verwerflichen Mittel gegriffen, vor dem Punkt Dringlichkeitsanträge das Quorum zu zerstören und die Sitzung auf diese Weise zu sprengen. Bekanntlich müssen um beschlußfähig zu sein 44 Stadtverordnete im Sitzungssaal anwesend sein. Die gesamte Linke zählt aber nur 18 Sitze und ist somit nicht in der Lage, das Quorum zu bilden. Diese Tatsache scheint nach den Sommerferien den Mehrheitsparteien zum Bewußtsein gelangt zu sein. So waren wir auf den letzten sechs Sitzungen Zeugen, wie, nachdem die Tagesordnung soweit erledigt worden war, daß mit der Erörterung der Dringlichkeitsanträge begonnen werden sollte, die Mehrheitsleute einer nach dem anderen den Sitzungssaal verließen und auf diese Weise die Sitzung sprengten. Ueber brennende Angelegenheiten, wie die Eröffnung von deutschen Abendkursen für Erwachsene, der Streik der Lehrer an den städtischen Abendschulen (wir führen hier nur diese Sachen an, in denen die Stadtverordnetenfraktion der D. A. P. Dringlichkeitsanträge eingebracht hat) wurde einfach zur Tagesordnung geschritten. Man kümmert sich eben gar nicht darum, daß ein großer Teil der Bevölkerung durch diese Verschleppungstaktik in Empörung und Erbitterung versetzt wird.

Wir müssen gegen dieses rücksichtslose Verhalten der Chjena und N. P. R. im Lodzzer Stadtrat energig Protest einlegen.

Wir werden nicht dulden, daß Fragen, die diese oder jene Schicht der Bevölkerung lebhaft angehen und nicht selten für sie Lebensnotwendigkeiten bilden, ignoriert und bagatelisiert werden, daß die Grundsätze der Demokratie mit Füßen getreten werden.

Wir fordern daher vom Vorsitzenden des Stadtrats, daß er kraft seines Amtes interveniert, die Mehrheitsparteien auf ihr ungebührliches Vorgehen aufmerksam macht, die ungesunden Verhältnisse beseitigt und auf der Wacht des Rechts und der Gerechtigkeit steht.

Der gegenwärtige Zustand darf nicht länger anhalten, wenn der Stadtrat seine Autorität nicht gänzlich verscherzen will.

Es ist die höchste Zeit, daß für die Stadt und ihre Bewohner ganze Arbeit getan, der Parteiegoismus über Bord geworfen und das Allgemeinwohl in den Vordergrund gerückt wird.
R. Klim, Stadtverordneter.

Vereine.

Der Turnverein „Kraft“ veranstaltet am 20., 21., 27. und 28. Dezember l. J. die ersten allpolnischen Meisterschaftsringkämpfe und die ersten allpolnischen Kämpfe im Gewichtheben (Fünfkampf). Die Kämpfe werden um den Meisterschaftstitel in Zukunft alljährlich ausgetragen werden. Die Wettkämpfe finden im Lokale des Vereins, Sienkiewicza 54, statt. Anmeldungen werden bis zum 18. Dezember l. J. entgegengenommen. Die Preisverteilung findet am Sonntag, den 28. Dezember, statt.

Der Lodzzer Sport- und Turnverein hielt am Sonnabend, den 6. d. Mts. in seinem Vereinslokale eine Monatsitzung ab. Die Sitzung eröffnete der Vereinsvorstand Herr Willy Ludwig. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Monatsitzung durch den Schriftführer, Herrn August Wall, wurde beschlossen, das Stützungsamt im Laufe des Monats Februar zu veranstalten. Das Mitglied der Revisionskommission, Herr Richard Schönhals, erstattete darauf den Bericht über den Bücherabschluss der Fußballsektion. Die Mitglieder, die mit den Beiträgen im Rückstand sind, sollen schriftlich aufgefordert werden, ihren Pflichten besser nachzukommen. Nach Erlebigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Sitzung um 10 1/2 Uhr abends mit einem „Gut Heil“ geschlossen.

Unsere Lage. Herr Hugo Ziebarth, Mitglied des Christl. Commisvereins z. g. U., hat an den letzten drei Vortragsabenden in diesem Verein ein selbst verfaßtes Manuskript „Unsere Lage“ vorgelesen. Das Werkchen enthält viele treffliche Skizzen der traurigen Wirklichkeit, die davon zeugen, daß der Verfasser es versteht, die Welt zu beobachten und die sich bietenden Bilder in eindringlicher Weise zu schildern. Mit seinen kritisch-pragmatischen Ausführungen können wir uns jedoch nicht durcheinander erklären. Der Schlußklang in den Wohlkaut „gemeiniges Europa“ aus mit dem Hinweis, daß jedermann sich unverzüglich für die Verwirklichung dieser Idee einsetzen müßte. Der Vortragsfolge folgte eine längere Aussprache, wobei manche interessanten Gedanken zum Ausdruck kamen. H—s—d.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stb. Ludwig AuL. Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.

CASINO

Beginn der Vorstellungen 4.—, der letzten um 9 Uhr 30 Min.



QUO VADIS?



Monumentaler Film mit Jannings in der Rolle des Nero.

Das Uhe n- u. Goldwaen-Geschäft



Artur Klögel
Lodz, Petrikauer Straße Nr. 118
empfiehlt in reicher Auswahl passende
Weihnachts-Geschenke:
goldene Uhren
der Schweizer Firmen Genit, Union
Horlogere Alpina, moderne Stand-
und Küchenuhren.
Geöffnet von 9—1 und von 3—7.

Zur Bequemlichkeit meiner geschätzten Kundschaft eröffne ich ab 15. d. M. einen

Blumen-Salon

und empfehle in großer Auswahl: blühende Topfblumen, Jarne, Arrangements, Arrhöhen usw.

Kunst- und Handelsgeschäft
Oswald Brenner,
Aloje Tadeusza Kosciuszki 79
und Wolczańska 100.

Sie finden doch

das Schönste u. WEIHNACHTEN in der Kunst- und
Bastendste für Buchhandlung bei

Leopold Nickel

Nawrot 2 und Petrikauerstr. 234.
Empfehle in sehr großer Auswahl Jugendschriften
für Knaben und Mädchen, Bilderbücher, Bilder,
Gesangbücher, Luxusartikel, Spiegel usw., alles zu
sehr niedrigen Preisen. — Bildereinrahmungen wer-
den in meiner eigenen Werkstatt bestens ausgeführt.

Mann in mittl. Jahren
sucht Stel-
lung als
Portier
oder Hauswächter
Zu erfragen bei L. Falz-
mann, Zakatna 60.

Kleine Anzeigen

wie: Stellen-Gesuche
u. Angebote, Woh-
nungs-Gesuche und
-Angebote, Käufe,
Verkäufe und andere
haben in der „Lodzzer
Volkszeitung“ stets
guten Erfolg!

Schuhwaren

kaufen Sie billig bei
R. Stoklos, Lodz,
Wolczańska 161.

Zimmer

Ein möbliertes
möglichst mit besonderem
Eingang und Familien-
anschluss, von intelligentem
jungen Manne gesucht.
Offerten unter R. 3. an
die Geschäftsstelle ds. Bl.
zu richten.

Großer

Weihnachts-Verkauf

gegen bar und Ratenzahlungen nur bei

„WYGODA“ Petrikauer 238

seidene gedruckte Plüsch-Mäntel,

Damen- und Herren-Garderoben sowie
Manufakturwaren in größter Auswahl.

Schreib- u. Lese-Fibelu Ausgezeichnete Kalender 1925

empfiehlt

Gustav Ewald, Lodz

Zamenhofska 17.
Verband gegen Nachnahme.

Krempelmaschine

für aus- zu kaufen gesucht. Gest. Angebote
wärts unter „E. W.“
an die Geschäftsstelle der Lodzzer Volksztg. erbeten.



JAN CHMIEL

Trauringe

in großer Auswahl, Bi-
jouterie, Tischbesteck
in Silber u. plattiert,
goldene und silberne
Uhren modernst. Fas-
sions, sowie Salon-,
Zimmer- und Küchen-
Uhren.

Alle Reparaturen werden
in eigener Werkstatt
ausgeführt.
NAWROT 4.

ODEON

Beginn der Vorstellungen 3.30, der letzten um 9 Uhr 15 Min.



QUO VADIS?



Monumentaler Film mit Jannings in der Rolle des Nero.

Das Teuerungsproblem

Seit Einsetzen des Sanierungswerkes und Stabilisierung der Währung im Verhältnis zum Dollar in Polen haben sich die Kosten der Lebenshaltung um fast 80 Prozent vergrößert. Der Währungspolitik der Regierung ist es gelungen alle Angriffe auf den Zloty abzuwenden und dieser äußere Erfolg hat die genügsamen Währungspolitiker vollauf befriedigt. Der Mann von der Straße, der sich mit Theorien nicht befaßt, kommt freilich zu ganz anderen Schlüssen. Er sieht, daß er für das gleiche Quantum Geld tagtäglich weniger an lebenswichtigen Artikeln erhält. Der bei uns eingeführte „Kampf gegen die Teuerung“ mutet, in Anbetracht seines vollständigen Mißerfolges, direkt als schlechte Posse an. Von vielen Fachleuten wird behauptet, daß der Kampf gegen die Teuerung ein Kampf gegen Windmühlen sei, denn das Teuerungsproblem sei ein Weltproblem, das nicht nur in Polen, sondern auch in England, Frankreich, Italien usw. gleichmäßig auftritt und die äußerliche Stabilisierung der Währung durch die ständige Verminderung der inneren Kaufkraft illusorisch mache. Vielleicht ist diese Auffassung die richtige, aber überzeugen kann sie nicht, solange sie nur ein Urteil ohne Beweisführung ist. Eben jetzt findet in der englischen Öffentlichkeit eine heftige Diskussion über das Teuerungsproblem statt. Während das Pfund sich immer mehr der Goldparität nähert, steigt der Preis der Lebensmittel ständig und die Teuerung beträgt im Vergleich mit dem letzten Friedensjahr von 1914 volle 80 Prozent. Nun ist aber der Preis, den der Erzeuger für seine Waren erhält, kaum einige Prozent über den Preis des Jahres 1914. Wohin gehen demnach jene 80 Prozent, die im Einzelverkauf den Verbrauchern für ihre Lebensmittel aufgerechnet werden? Gegen die Regierung wird die Anklage erhoben, daß sie die Profitgier der Industriellen und Bankiers unterstützt und daß sie vor dem Warenwucher der Kommissionäre und Detailhändler lieber zwei als ein Auge zudrückt, daß sie die Auswüchse der kapitalistischen Wirtschaft auf Kosten der breiten Masse der Arbeiterklasse zustimmend duldet. Wahrscheinlich ist auch die englische Regierung davon überzeugt, daß die vornehmste Ursache der unerhörten Teuerung in dem Kapitalverlust des Krieges begründet ist. Das Kapital ist teurer geworden, Industrie und Transportwesen sind mit riesigen Steuern belastet und die Arbeitslöhne (in England) gestiegen. Diese Faktoren verteuern nicht nur die

Produktion, sondern geben auch den Zwischenhändlern den Mut, entsprechend höhere Vermittlungsgewinne zu kalkulieren. Aber die Feststellung ist wichtig, ob der Kapitalverlust und die damit zusammenhängenden Faktoren die ganze 80prozentige Teuerungsauswirkung rechtfertigen? Es muß durch eine sachgemäße und unparteiische Untersuchung festgestellt werden, ob die Anklagen der Öffentlichkeit, daß gewissenlose Profitgier, ungerechtfertigte Zwischengewinne und strafbarer Warenwucher vorliegt, wenn auch teilweise nur, doch zutreffen. Die englische Regierung

Brüder.

*Brüder, zur Sonne, zur Freiheit,
Brüder, zum Lichte empor!
Hell aus dem dunklen Vergangnen,
Leuchtet die Zukunft hervor!*

*Seht wie der Zug von Millionen
Endlos aus Nächtlichem quillt,
Bis Euer Sehnsucht Verlangen
Himmel und Nacht überschwilt.*

*Brüder, in eins nun die Hände.
Brüder! Das Sterben verlacht:
Ewig der Sklaverei Ende,
Heilig der Liebe Macht!*

hat demnach zur Untersuchung der Teuerungsgründe eine Kommission eingesetzt — zwölf oder vierzehn unparteiische, dem Wirtschaftsleben nahe stehende Männer sollen die Kosten der lebenswichtigen Warenpreise von dem Produzenten bis zum Verbraucher durch alle Stufen des Warenverkehrs feststellen. Was auch immer das Resultat dieser Untersuchung sein wird, eines ist gewiß, nämlich, daß sie auf die Öffentlichkeit beruhigend wirken wird. Denn entweder stellt die Kommission das Vorhandensein geschäftlicher Mißbräuche fest, dann hat die Regierung eine Handhabe gegen die Schuldigen rücksichtslos vorzugehen, oder die Untersuchung ergibt, daß die Teuerung eine Folge der allgemeinen Weltwirtschaftslage ist, des Kapitalverlustes und der Störungen im Geld- und Warenverkehr, dann wird eben auch diese Feststellung zur Beruhigung der Öffentlichkeit beitragen.

Die Einberufung einer Untersuchungskommission ist in Anbetracht dessen, daß nach dem

Lohnkampf ein energischer Kampf gegen die Teuerung beginnen muß, eine nicht aufschiebende Forderung des Tages. Man muß endlich klar sehen, von wo die Räte der Teuerung kommen. R. R.

Mehr Abgeordnete ausliefern!

Die „Rzeczpospolita“ wettet in ihrer Freitagnummer gegen den Vorsitzenden der Geschäftsordnungscommission, Abg. Popiel (N. P. R.), weil er seit einem Monate keine Sitzung einberufen habe, obwohl gegen 80 Anträge auf Auslieferung von Abgeordneten vorliegen. Das Blatt bemerkt, daß der Justizminister in dieser Sache in der Sejmkanzlei intervenierte und daß die national-polnischen Klubs den Rücktritt Popiels vom Amte des Vorsitzenden der Kommission fordern werden.

Es fragt sich, ob es dem Korfantyblatt dabei tatsächlich um die Auslieferung der Abgeordneten geht oder nur darum, dem verhassten N. P. R. Mann eins auszuwichsen, mit dem Korfanty seit einiger Zeit einen scharfen Kampf führt.

Die Ukrainer über Thugutt.

Die erste Nummer des ukrainischen „Dilo“ beschäftigt sich lebhaft mit der Politik Thugutts. Der Leitartikel, der sicher aus der Feder eines Abgeordneten stammt, nimmt Stellung zu der Ostmarkenpolitik sowie zu den letzten Ausführungen des Vizeministers in der Rechtskommission. In dem Artikel heißt es, daß Thugutt ein viel größerer Patriot und Nationalist ist als die Hälfte der Vertreter der polnischen Rechte zusammengenommen. Es wird mit Bedauern festgehalten, daß die politischen Methoden des Ministers Thugutt dazu führen, die ukrainische Mehrheit durch die polnische Minderheit zu unterjochen. Diese Politik könne die scharfen Gegensätze, die zwischen Ukrainern und Polen bestehen, keinesfalls mildern oder gar aus der Welt schaffen. Der Artikel schließt mit der Mahnung, die Ostmarkenpolitik nicht auf die Spitze zu treiben.

„Fliegende Särgen“.

Polen hat im Augenblicke nur eine einzige Fabrik, die Flugzeuge herstellt. Aber auch sie bezieht ihre Motoren vom Ausland, meist aus Frankreich, und baut nur die Gestelle. Im übrigen erhält Polen fertige Flugzeuge aus Frankreich und Italien. Die Zahl der tödlichen Unglücksfälle betrug im Vorjahre bei etwa 500 Fliegern nicht weniger als 25, und in diesem Jahre dürfte sie sich noch höher stellen. Als im letzten Sommer der Kriegsminister Sikorski auf die umlaufenden Gerüchte von der Minderwertigkeit der vor allem in Polen bei der Lubliner Fabrik von Platz und Laszkiewicz hergestellten Apparate aufmerksam gemacht wurde, hat er im Sejm die Fabrik in Schutz genommen und — seine eigenen Flugoffiziere angeklagt, denen er Fahrlässigkeit und ungenügende Subordination vorwarf. Nun sind die

Die Macht der Drei.

Ein Roman aus dem Jahre 1925
von Hans Dominik.
(6. Fortsetzung.)

„Die G-Flotte...“
„Die Schiffe auf Grönland sind damit ausgerüstet.“
Nur dieser Staatsrat wußte um das Geheimnis, daß die neuen Luftkreuzer mit Bomben versehen waren, die nach dem Abwurf Milliarden und aber Milliarden von Pest- und Cholerakeimen in die Luft wirbelten. Man hatte noch keine Gelegenheit gehabt, den Bakterienkrieg im großen auszuprobieren. Aber die amerikanischen Fachleute versprachen sich viel davon.

„Die B-Flotte...“
Ein sardonisches Lächeln lief über die sonst so unbeweglichen Züge des Diktators, als er das Wort aussprach. Seit mehr denn Jahresfrist lagen englische Bantnoten im Betrage von Hunderten von Milliarden Pfund Sterling in den geheimen Gewölben des amerikanischen Staatsschatzes. Von der Tausendpfundnote an bis hinab zu den kleinsten Beträgen. Alles so vorzüglich gefälscht und nachgedruckt, daß die Bank von England selbst die Noten für echt halten mußte. Die Aufgabe der B-Flotte war es, sofort bei Kriegsbeginn diese Unmengen englischen Papiergeldes über die ganze Welt zu zerstreuen, wo Engländer Handel trieben und englisches Geld Kurs hatte. Die Tätigkeit dieser Flotte mußte das englische Geldwesen in wenigen Tagen vollkommen zerütten. Aber die B-Flotte war noch ein schwereres Staatsgeheimnis als die G-Flotte. Die englischen Agenten hatten nur herausbekommen, daß sie für Propagandazwecke bestimmt sei und im Falle eines Krieges in großen Massen die zuerst von Woodruf Wilson in die Kriegführung zivillistischer Nationen eingeführten Traktätschen über den feindlichen Linien abzuwerfen hätte.

„Die B-Flotte übt zwischen Richmond und Norfolk“, sagte Admiral Nicholson trocken.

Jedermann im Saale wußte, daß dieser Standort fünfzehn Flugminuten von den Gewölben des Staatsschatzes entfernt war.

Cyrus nahm das Wort von neuem.
„Wie lange wird es noch dauern, bis unsere Unterwasserstation an der afrikanischen Küste vollkommen gesichert ist? Die Frist ist bereits seit einer Woche abgelaufen.“

Bei diesen nicht ohne Schärfe gesprochenen Worten erhob sich der Flottenchef unwillkürlich.

„Die Schwierigkeiten waren größer als vor auszusehen war, Herr Präsident.“

„Können Sie ein bestimmtes Datum angeben?“

„Nein. Doch dürfte es auf keinen Fall länger als bis zum Ablauf dieses Monats dauern.“

„Um... dann also, meine Herren... dann wird man R. F. c. 1 zur geeigneten Zeit in England landen sehen.“

Ein Adjutant trat ein und flüsterte dem Präsidenten ein Wort ins Ohr.

„Gut, ich komme.“
Der Präsident erhob sich, die Sitzung war beendet.

Aus dem blauen Mittagshimmel schoß ein silbernes schimmernder Punkt auf das Weiße Haus in Washington zu, wurde größer, zeigte die schnittigen Formen eines Regierungsflegers und landete sanft auf dem Dach des Gebäudes.

Als einziger Passagier verließ Dr. Edward J. Glossin die Maschine. Den linken Fuß beim Gehen leicht nachziehend, schritt er an den martialischen Gestalten der Leibgarde vorbei. Auf den Treppenabsätzen und in den Korridoren standen die baumlangen blonden Kerle aus den westlichen Weizenstaaten in ihren malerischen Uniformen. Sie hielten die Wache um den Präsident-Diktator

wie früher die Grenadiere der Potsdamer Garde um die russischen Könige oder die Eisenseiten um Oliver Cromwell.

Im Vorzimmer traf der Doktor den Adjutanten des Diktators und ließ sich melden. Nur eine knappe Minute, und der Diktator trat aus dem Sitzungssaal und stand vor ihm. Nach flüchtigem Gruß hieß er ihn in sein Arbeitszimmer mitkommen.

„Wer ist Logg Sar?“

Dr. Glossin fühlte die unbestimmte Drohung, die in der Frage lag, und trat einen Schritt zurück.

„Logg Sar ist... Silvester Bursfeld.“

Tiefes Erstaunen malte sich auf den Zügen Stonards.

„Bursfeld... der im englischen Tower gefangen saß?“

„Nein, sein Sohn. Der Vater hieß Gerhard.“

„Mein Gedächtnis ist gut. Sie haben mir von einem Sohne Gerhard Bursfelds nie gesprochen. Warum nicht?“

„Ich weiß es selbst erst seit drei Monaten.“

„Und ich erfahre es erst heute?“

Cyrus Stonard trat dicht an den Doktor heran. Ein Blick traf ihn, der sein Gesicht noch eine Nuance blässer werden ließ.

„Erklären Sie!“

„Es war vor ungefähr drei Monaten... Ich hielt mich einige Zeit in Trenton auf, um in meinem Laboratorium im Hause einer Mrs. Harte an einem Versuch zu arbeiten. Eines Tages kommt ein junger Ingenieur, der in den Staatswerken von Trenton beschäftigt ist, zu Mrs. Harte und erkundigt sich nach ihren Familienverhältnissen. Dabei stellt sich heraus, daß der verstorbene Mann der Mrs. Harte ein Stiefbruder von Gerhard Bursfeld war.“

„Ihre Erzählung scheint darauf hinauszuwollen, daß der junge Ingenieur der Sohn von Gerhard Bursfeld ist. Warum nannte er sich Logg Sar?“

(Fortsetzung folgt.)

polnischen Flieger nicht schlechter und nicht besser als die anderer Nationen, und die Anklage des Ministers — und vor allen Dingen die fehlende Untersuchung gegen die Lubliner Fabrik — bildeten daher ein Rätsel. — Dies umso mehr, als ein Angestellter der Fabrik diese offen beschuldigte, sie verwende statt Stahlblech nur Eisenblech und baute alte Motoren ein. Nun geschah es, daß vor einigen Wochen bei einem Flugzeug, mitten in ruhiger Fahrt, sich der linke Flügel löste und der Apparat zur Erde stürzte. Da endlich ging das Kriegsministerium gegen diese Fabrik vor, die „fliegende Särge“ herstelle, wie eine Zeitung die Lubliner Flugzeuge, nach dem Vorbild der Hejermanschen „schwimmenden Särge“ in „Keep op Zeegen“ nannte. Das Ministerium verlanste, daß drei Direktoren sofort entlassen und an ihrer Stelle französische Herren eingesetzt würden, die das Ministerium in Paris selbst ausfinden will. Die polnische Presse nimmt diese aufsehenerregenden Mitteilungen ohne sonderliche Erregung hin, und ohne dabei die Frage zu stellen, welche Gründe eigentlich maßgebend waren, um den verbrecherischen Leichtsinns der Lubliner Firma so lange zu beschönigen.

Lloyd George über Ostgalizien.

In einem Artikel des „Daily Chronicle“ bespricht Lloyd George die Gefahren der Friedensverträge und die Hindernisse, die sich noch heute einem dauernden Frieden entgegenstellen.

Ueber Polen schreibt Lloyd George unter anderem: „Polen hat durch Uebermacht eine Provinz in seiner Hand behalten, von der 1/3 der Bevölkerung polnisch ist, der verbleibende Teil dagegen mit den Sowjets sympathisiert und der Sowjetrukraine zustrebt. Wenn eines Tages ein Aufstand der galizischen Bauern ausbrechen wird, wie einst vor Jahren, so erscheint es sehr zweifelhaft, ob die Sowjets mit verdrängten Armen zusehen werden, falls der Versuch einer Unterdrückung des Aufstandes unternommen wird.“

Die Arbeiterpartei führt die Opposition.

Lord Curzon hat als Führer der Konservativen und Stellvertreter des Ministerpräsidenten im Oberhause bekanntgegeben, daß die Regierung entschlossen sei, die der Arbeiterpartei angehörigen fünf Lords als die offizielle Opposition im Oberhause anzuerkennen, statt der liberalen Fraktion, die über 100 Lords zählt. — Die Arbeiterpartei stellt als stärkere der beiden Oppositionsparteien auch im Unterhause den Führer der Opposition, dem die Leitung der Geschäfte des Parlaments anvertraut ist.

Der Achtstundentag in Frankreich und Deutschland.

Die Pariser Regierung brachte einen Gesetzentwurf ein, der die Ratifikation des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag vorzieht. Nach der Regierungsvorlage soll dieses Abkommen erst dann in Kraft treten, wenn seine Ratifikation auch durch Deutschland erfolgt sein wird.

Ungarischer Parlamentsbruch.

Der Bloß der sozialistischen und demokratischen Opposition beschloß auf die Dauer der Verhandlung über die neue Geschäftsordnung den Beratungen der Nationalversammlung fernzubleiben. In Anwesenheit aller Mitglieder der Opposition wurde eine entsprechende Erklärung in der Nationalversammlung verlesen. Darauf verließen Sozialisten und Demokraten geschlossen den Saal. Das Rumpfparlament hat dann von den 15 sozialdemokratischen Abgeordneten, die am Freitag mit Gewalt aus dem Sitzungssaal entfernt worden waren, zwei von 25, zwei von 22, zehn von 20 und einen Abgeordneten von 10 Sitzungen ausgeschlossen.

Troelstra's politisches Testament.

Troelstra, der bisherige Führer der holländischen Sozialdemokraten, der im vorigen Jahre den Vorsitz und auch sein Mandat niederlegte, hielt in der Zweiten Kammer seine Abschiedsrede, die er selber sein „politisches Testament“ nannte. Diese Rede, die von der Hoffnung auf einen für den demokratischen Gedanken günstigen Verlauf der nächstjährigen Wahlen getragen war, kündigte an, daß die Sozialdemokraten willens seien, die Regierungsverantwortlichkeit zu übernehmen. Die Regierung in ihrer heutigen Form sei nur durch einen verfassungswidrigen Eingriff der Krone noch am Ruder. Der Parlamentarismus in Holland habe an Ansehen eingebüßt, da der Staat mehr und mehr durch das Großkapital beherrscht werde. Demokratie und Abstraktion seien die Forderungen der breitesten niederländischen Volksschichten.

Zwei Sozialisten im amerikanischen Kongreß.

Zugleich mit den Wahlmännertwahlen für die Präsidentschaft fanden in den Vereinigten Staaten auch die Wahlen für den Kongreß (das Bundesparlament) statt. Im Repräsentantenhaus erhielten die Republikaner 246 Sitze (Gewinn 21), die Demokraten 173 (Verlust 23), die Farmer Labour Party 3 und die Sozialisten 2. Dies bedeutet einen Erfolg der Sozialistischen Partei, die bisher im Kongreß nur einen Vertreter, Victor L. Berger, hatte, der auch diesmal in Milwaukee wiedergewählt wurde. Einen zweiten sozialistischen Vertreter hat diesmal New York in den Kongreß entsendet. Victor L. Berger ist neben Morris Hillquit der Vertreter der amerikanischen Sozialistischen Partei in der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

Kampf gegen die Teuerung in Frankreich.

Die französische Regierung sucht die Verteuerung der Lebenshaltung so rasch und so wirksam wie möglich zu bekämpfen. Sie will zu diesem Zweck in erster Linie die Getreideerzeugung steigern. Ein Gesetzentwurf, durch den die Regierung die Verwendung stickstoffhaltiger Düngemittel in der französischen Landwirtschaft zu begünstigen sucht, wurde am Mittwoch im Parlament eingebracht. Ein weiterer Gesetzentwurf soll die Getreideversorgung sicherstellen.

Selbstverständlich posant die Börse sofort aus, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen der Regierung nicht zu dem gewünschten Erfolg führen werden, da sie durch den Gesetzentwurf der Regierung die Freiheit des Getreidehandels in Frage gestellt sieht. Dem entsprechend fehlt es nicht an Protesten derjenigen Kreise, die um ihr persönliches Geschäft besorgt sind.

Wilhelms Sorgen.

„Ich gehe, aber gebt mir meine Millionen wieder!“

In Deutschland ist von neuem ein heftiger Streit darüber entbrannt, wieviel und was die deutsche Republik an die abgesetzten Hohenzollern zu zahlen hat. Die Forderungen der Hohenzollern sind dermaßen groß, daß die deutsche Regierung sie mit Recht zurückweist. Danach werden nicht mehr und nicht weniger als 12000 Goldmark als jährliche „Entschädigung“ für jedes Mitglied der Familie verlangt, also auch für Säuglinge.

Man hat Wilhelm II. öfter einen Romantiker genannt. In Wirklichkeit ist er aber ein nüchterner Geschäftsmann, der die Umstände des guten Familienvaters auch in den kritischsten Momenten nicht verliert. Mancher Fürst, der seinen Thron eingebüßt hat, glaubte den Verlust nicht überleben zu können und beendete sein Dasein an dem gleichen Tag, an dem er aus dem Beruf des Monarchen ausschied; wenigstens hat sich dies im Altertum und im Mittelalter mitunter zugetragen.

Als jedoch Wilhelm II. dem Rat der Volksbeauftragten seine Demission übersandte, fügte er der feierlichen Erklärung folgendes Begleitschreiben bei: „Ich habe meinen Thronverzicht in der von der Regierung vorgeschlagenen Form vollzogen. Ich spreche dabei die bestimmte Erwartung aus, daß die Regierung gemäß ihrer früheren Kundgebung mein und meiner Familie Vermögen freigibt und auch den uneingeschränkten Schutz von Leben, Ehre und Eigentum der gesamten königlichen Familie gewährleistet.“

Es läßt sich nicht bestreiten, daß der Mann, der dem Tod auf dem Schlachtfeld die Flucht nach Holland vorzog, mit diesem Schreiben einen neuen Beweis dafür erbracht hat, wie tief er von der Wahrheit des Grundgesetzes durchdrungen ist: Nobel muß die Welt zugrunde gehen!

Humor.

Der fleißige Peter.

Die Dingeldorfer haben einen neuen Pfarrer bekommen. Hochwürden trifft auf seinem Spaziergang durch die Fluren eines der ihm anvertrauten Schäfer, den Köhlerbauer, bei der Feldarbeit. „Betest du auch fleißig, mein Sohn?“ examinierte der Herr Pfarrer den Bauer. Der knieft die Augen zusammen und entgegnet: „Frei, frei!“ — „Dann bestest du wohl am Morgen?“ erkundigte sich Hochwürden. — „Aaa!“ antwortete der Köhler gehetzt. — „Dann wohl am Abend?“ fragt der Pfarrer wieder. „Aaaa!“ — „Also dann wohl vor und nach dem Essen?“ erkundigt sich Hochwürden weiter. — „Aa ni“, ist die Antwort des Bauern. — „Ja, wann bestest du denn überhaupt?“ — „Dann's dunner“, antwortete der Bauer.

Schmeichelt.

Ein Mann hatte sich einen Anzug gekauft, dessen Farbe seiner Frau sehr mißfiel. „Doch schredlich“, pröhlte sie, „daß du die Angewohnheit hast, dir immer das Häßlichste anzuziehen.“ — „Ja“, nickte er, „die hatte ich auch schon, als ich dich heiratete.“

Wahres Geschichtchen.

Ein Dorfpfarrer predigt Sonntags über die Ehe und volltend spricht er: „Wehe dem Manne, der sein Weib schlägt, seine Hand soll Stein werden!“ — Entzückt kommt es vom Munde einer Bäuerin: „Jessas na, do gäß's erst blaue Fleck!“

Adalises Ehe.

Roman von A. Hruschtsa.

(66. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

XXVII.

Bange Stille lastete auf Karolinenruhe. Seit dem frühen Morgen hatten die Dragoner Bereitschaft. Mühle und Fabriken waren geschlossen. Im Krug hielt der Arbeiterverband eine Versammlung ab, während diejenigen, die keinen Platz mehr im Saal gefunden hatten, in großen Gruppen nach Siebenstein zogen, wo gleichfalls einige Führer sprechen wollten.

Allerlei beunruhigende Gerüchte durchschwirrten die Luft, obwohl niemand genau zu wissen schien, was die Arbeiter eigentlich wollten. Einige behaupteten, sie verlangten nur mit Gewalt den Abzug der Dragoner, deren Anwesenheit sie als Herausforderung empfanden, zu erzwingen. Andere sagten, sie beabsichtigten Herrn Gottulan verschiedene Forderungen vorzulegen, und wenn diese nicht bewilligt würden, den Streit zu proklamieren! Frau Knoche behauptete steif und fest, die Frauen wollten das Vorratshaus stürmen und sich gewaltsam in den Besitz der Lebensmittel setzen.

Jedenfalls herrschte eine schwüle, erregte Stimmung im ganzen Eichsteinertal, das wie damals bei der Fabriköffnung einem aufgeregten Bienenschwarm glich. Nur, daß es diesmal finster drohende Mienen zu sehen gab, anstatt frohbewegter.

Immerhin verging der Vormittag ruhig. Nirgends kam es zu Ruhestörungen. Die Dragoner verblieben ruhig in ihren Quartieren.

Bei Tisch witzelte Löwentkruz über die allgemeine Angst.

„Gar nichts werden sie machen, diese Herren Maulhelden! Dazu haben sie viel zu viel Angst vor unseren Säbeln und Revolvern!“

Leo, der sehr ernst aussah, warf ihm einen finsternen Blick zu. „Ich hoffe ja auch nicht, daß Sie gezwungen werden, auszurücken, Durchlaucht. Wenn aber, dann warne ich Sie, von Ihren Waffen Gebrauch zu machen, denn das würde sofort heraufbeschwören, was wir um jeden Preis vermeiden wollen! Die Leute hier sind im allgemeinen gutmütig wie die Kinder. Jetzt aber sind sie verheßt. Ein blanker Säbel würde da wirken wie der Funke im Pulverfaß.“

Löwentkruz erwiderte den Blick hochmütig. „Sie werden es schon mir überlassen müssen, Herr Gottulan, zu beurteilen, was militärische Ehre in solchem Fall erfordern würde. Außerdem habe ich meine Instruktionen.“

Gottulan schwieg. Aber Adalise bemerkte, daß er sehr blaß wurde und nur mit Mühe an sich hielt. Gleich nach Tisch verschwand er.

Adalise hatte keine Ruhe bei den anderen. Zwecklos ging sie im Haus herum, immer wieder zu ihres Gatten Zimmertür schleichend und verstohlen horchend.

Es war so still darin. Was tat er? Was ging in ihm vor? Wenn sie doch jetzt wenigstens bei ihm hätte sein können! Aber einzutreten wagte sie nicht.

Endlich entschloß sie sich, zu den Schwiegereltern zu gehen. Vielleicht war er dort. Aber Leo wollte auch nicht hier. Frau Karoline sah schweigend am Fenster, ihr Gatte ging unruhig im Gemach auf und ab.

„Darf ich bei dir bleiben, Mutter?“ fragte Adalise schüchtern. „Mir ist so bang allein...“

„Gewiß. Nimm Platz bitte.“ Es klang recht kühl. Herr Leopold warf der Schwiegertochter, der er im Inneren viel Schuld an der gegenwärtigen Lage der Dinge beimaß, einen verwunderten Blick zu.

„Allein fühlst du dich? Ich denke, du hast Gäste genug drüben!“

„Ach, das sind doch Fremde!“

Das Ehepaar wechselte einen erstaunten Blick. Das war ja etwas ganz Neues! Seit wann empfand Adalise

diese Leute als etwas Fremdes? Aber beide waren durch mancherlei Enttäuschungen mißtrauisch geworden gegenüber der Schwiegertochter ewig wechselnden Stimmungen. Sie blieben also bei der fahlen Zurückhaltung, die sie sich ihr gegenüber zum Gesetz gemacht.

Adalise empfand schmerzlich, daß sie hier, anstatt Trost und Verständnis zu finden, als etwas Störendes angesehen wurde.

Blötzlich — es mochte etwa vier Uhr sein — schredeten alle auf durch Trompetensignale auf der Straße.

„Alarm!“ sagte Herr Gottulan blaß werdend. „Die Dragoner rücken aus. Es muß etwas vorgefallen sein.“

Adalise war schon draußen. In Todesangst eilte sie an ihres Gatten Zimmer. Diesmal befann sie sich nicht, sondern trat ohne Anklopfen ein. Gepackt von der Angst, er könne vielleicht selbst hinauswollen, um zu erkunden, was es gegeben habe.

Leos Zimmer war leer. Sie eilte die Treppe hinauf. In der Halle unten traf sie Löwentkruz und Leo. Letztere war auffallend bleich. Löwentkruz dagegen pfliff leise vor sich hin, lächelte und sagte dann spöttisch zu Leo: „Wer wird denn so ängstlich sein, Gräfin, Sie machen ja ein Gesicht wie ein kleines Schulmädchen, das Strafe fürchtet!“

„Ich fürchte mich auch“, murmelte sie verstört.

„Vor wem? Doch nicht vor den paar Leuten, die ausreifen werden wie Schafleder, sobald wir ihnen die Herren zeigen?“

Jetzt erst schien er Adalise zu bemerken. Er verbeugte sich steif und stumm. Offenbar hatte er ihre gestrige Ablage noch nicht verwunden.

Adalise trat auf ihn zu.

„Was ist geschehen, Durchlaucht? Wohin wollen Sie?“

„Zur Dampfmühle. Ordnung schaffen. Die „gutmütigen Kinder“, wie Ihr Herr Gemahl sie nennt, verprügeln sich dort ein wenig und belästigen den Direktor, wie gemeldet wird.“

(Fortsetzung folgt.)